AG 3: Politische Teilhabe mit allen – Potenziale des Demokratiefördergesetzes & des Bundespartizipationsgesetzes

Einblick zum Status Quo (Inputs)

Thomas Gill, Berliner Landeszentrale für politische Bildung

Zu politischer Bildung und Teilhabe:

- Ziel und Handlungsfeld der deutschen Migrationspolitik war bis 2015/16 nicht existent in der politischen Bildung und tauchte erst mit der Fluchtbewegung auf
- Heute werden Selbstorganisationen als Partner der Zivilgesellschaft mehr Bedeutung zugesprochen
- Es gibt immer noch ein veraltetes bzw. falsches Bild bezüglich politischer Partizipation, nämlich, dass politische Partizipation nur durch Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft möglich ist
- Beim Feld Migration nähern sich die Partizipationsquoten erst in der 2. - 3. Generation an die der restlichen Gesellschaft an
- Politische Teilhabe hängt von folgenden Faktoren ab (drei wesentliche Punkte, angelehnt an die amerikanische Kulturwissenschaft)
    - Können: Fähigkeiten (Handlungsfähigkeit & Kompetenz), Zeit, Geld, sozialer Habitus, …
        - Rückfrage von Juliane Gebel: „Ist hiermit Fähigkeit gemeint oder Entscheidungsgewalt?“
        - Thomas Gill.: „Es geht um primäres Verständnis von Fähigkeit (Kompetenz)“.
    - Wollen: Wollen hängt zusammen mit Können, da es auch mit Fähigkeiten einhergeht (Handlungsfähigkeit & Kompetenz)
    - Gefragt werden: wahrnehmbare Einladung → politische Bildung kann als solche Einladung fungieren
- „Politische Bildung soll eine Einladung sein und keine Verhinderung oder eine Prävention anderer Aufgaben. Der Präventionsgedanke durchzieht Ideen zu einem Partizipationsgesetz.”

Zum Bundespartizipationsgesetz:

- Das Bundespartizipationsgesetz muss konkret einplanbare, einklagbare & formulierte Rechte beinhalten → obwohl sich vieles in Menschenrecht und Völkerrecht wiederfindet, was in konkret einplanbare und formulierte Rechte gegossen werden muss, herrscht diesbezüglich in Deutschland noch ein großes Defizit

- Das Recht auf politische Teilhabe muss verankert werden
- Das Bundespartizipationsgesetz muss ausreichende Ressourcen für Selbstorganisationen & Gremien beinhalten (bspw. Geschäftsstelle, Budget, eigene und unabhängige ÖA) → Frage/ Lücke: Wo sollen solche Strukturen angesiedelt werden?
- Das Bundespartizipationsgesetz muss Strukturen schaffen, die sich in einer breiteren Strategie ansiedeln: „Ohne Strategie der Stärkung politischer Teilhabe wird die Gesetzesänderung wenig nützen." → momentan gibt es eine kleine Beteiligungselite in Communities, weniger breit (SVR-Studie)

→ Daraus folgt: Die Gesetze und Gesetzesänderungen sind grundsätzlich positiv zu bewerten, doch bei genauerem Hinsehen sieht man viele Lücken und Schwächen.

Diskussion in der AG

Zu den Faktoren politischer Teilhabe:

- Libuse Cerna: „Die Kompetenzen bringen die Menschen mit. Es geht darum, konkrete Rechte und Strukturen aufzubauen. Die Entscheidungsgewalt ist zentraler Punkt und ohne Gleichberechtigung ist das schwierig."
- Jose Paca: „Wir wollen und haben die Kompetenz. Aber wir haben oft nicht die Entscheidungsgewalt."

Zu Vielfalt als separate Säule im Gesetz:

- Philipp Kauppert: „Die Vielfalt als separate Säule im Gesetz ist ein Problem. Der postmigrantische Begriff oder das Verständnis heißt, es muss alle Bereiche berühren. Der Begegnungsaspekt ist in unserer Gesellschaft relevant. In einer idealen Gesellschaft bräuchte man Beiräte gar nicht mehr, es geht also auch darum, Strukturen nach und nach aufzulösen."
- Thomas Gill: „Das Problem mit als Minderheiten-/Beauftragtenpolitik konstruierten Politik ist, dass wir Beauftragte für alles brauchen. Es gibt immer mehr Schubladen. Hier kann der Begriff Inklusion helfen. Es braucht stärkere Anerkennung der Ausgrenzungsmechanismen, die zu unserer Gesellschaft gehören und es gilz zu besprechen, was das für die politische Bildung heißt. Auch die politische Bildung muss sich bspw. selbst mit Rassismuskritik auseinandersetzen. Es braucht die Anerkennung struktureller Herrschaft. Und rein mit „Beauftragtenpolitik" und Schuldzuweisungen kommen wir nicht weiter."
- Lina Fustok, Geschäftsführerin Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine: „Wir brauchen keine separate Säule, sondern einen ganzheitlichen Ansatz für politische Teilhabe. Politische Teilhabe ist Gesellschaftspolitik und wir können das nicht als abgeschlossenen Teil betrachten. Es ist auch keine Einbahnstraße oder reine Anpassung von einer Seite."
- Atahan Demirel: „Reine Aufklärungs- und Sensibilisierungsarbeit genügt nicht. Es bedarf auch Gesetze und Posten. Wir brauchen verschiedene Säulen: politische Bildung, einen Gesetzgebungsprozess und Strategien (Förderung von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Arbeit auf der strukturellen Ebene, …).

- Libuse Cerna *(Frage an T. Gill)*: „Was ist die Alternative zu den Schubladen”?
- Thomas Gill: „Die grundsätzlichen Systeme müssen sich verändern und auch die politische Bildung muss sich grundsätzlich verändern. Das führt zu der Frage: Was bedeutet eine diskriminierungsarme Politik, die nicht dazu führt, dass Gruppen mit Etiketten versehen werden? Dieser Frage müssen wir uns stellen. Wir müssen uns den Debatten auf struktureller Ebene stellen. Es ist keine Einstellungsfrage.“

Zu Beauftragten als Sprachrohr und strukturellem Wandel

- Libuse Cerna *(an Gill)*: „Aber was ist die Alternative zu den Beauftragten? Sie sind auch ein wichtiges Sprachrohr.“
- Juliane Gebel: „Es ist auch wichtig, dass es solche Positionen gibt, an die man sich wenden kann. Es wäre schön, wenn die Gesellschaft inklusiv wäre, aber ist sie nun mal nicht. Es kann auch hilfreich sein und macht Ungleichheiten erst sichtbar.“
- Halil Can: „In der Schule kann man von Adultismus sprechen, da Schüler*innen nur mitreden dürfen, aber nicht mitentscheiden. Oder auch in der Uni: Studierende besprechen, aber die Professor*innen entscheiden. Das ist beispielhaft dafür, wie in unserer Gesellschaft Entscheidungen getroffen werden. Wie können wir inklusiv partizipieren?“
- Vertreterin der Türkischen Gemeinde in Dtl.: „Der machtkritische Ansatz lässt sich auf die politische Bildung übertragen. Die Hürden müssen sichtbar gemacht werden und auch angesprochen. Der machtkritische Ansatz muss auf die bewegliche Mitte übertragen werden.“
- Thomas Gill: „Die Frage ist, wie Spaltung eigentlich stattfindet? Auch die “Beauftragtenpolitik“ spaltet. Man muss Mehrheiten organisieren. Es braucht Menschenrechtsdebatten in deutschem Recht. Es braucht die Praxis der *affirmative action* in der deutschen Politik. Menschenrecht und Völkerrecht muss in einklagbares Recht übersetzt werden.“
- Juliane Gebel: „Politische Partizipation ist keine One-Way-Street und auch keine reine Anpassung einer Gruppe an die andere. Politische Partizipation geht nur, wenn wir alle Inklusion machen. Aber wir sind nicht an einem Punkt, wo wir Sachen unsichtbar machen können, daher braucht es diese Beauftragten und die Landesvertretungen, Gremien und Beiräte.“
- Rita Wiese-Kochankaite: „Fachinteressen und Verbände sind ein wichtiges Sprachrohr.“
- Halil Can: „Es gibt Unmut darüber, dass bestimmte Veränderungen nicht stattfinden. Das Problem ist, dass wir Debatten in geschlossenen Räumen domestizieren und hoffen, dass diese über die Verwaltungsstruktur in Gesetze gegossen werden und dann top-down als solche zurückkommen. Es fehlt der große Wurf! Es braucht die Organisierung von unten und es braucht bottom-up Ansätze. Das Domestizieren in geschlossenen Räumen entschärft. Der Unmut muss zugelassen werden.“
- Atahan Demirel: „Die Beauftragtenpolitik braucht es (noch), weil man die strukturelle Ebene nicht einfach so bekommt. Es braucht Beauftragte und es braucht gleichzeitig den Wandel auf der strukturellen Ebene.
- Philipp Kauppert: „Wir müssen raus aus der Nische. Rein in die Mainstream-Politik und vom Silo weg ins Zentrum. Den Partizipationsgedanken braucht es zum Beispiel auch in der Finanzpolitik oder in der Wohnungsbaupolitik“.

Status Quo:

- Bisher Minderheitenpolitik
- Organisationen Können/sollen gefragt werden → bisher immer noch zu wenig ausgeprägt
- Domestizierung von Debatten in geschlossenen Räumen findet statt
- Vorurteile, bzw. ,,Grenzen" und Zuschreibungen sind immer noch tief verankert in den Strukturen
- Politische Teilhabe wird erst seit 2015/2016 diskutiert
- Bundestag ist nicht inklusiv

Praxis:

- Haltungsfrage! → wichtig ist die gesamte Strategie zur Stärkung der politischen Teilhabe
- Keine Einladung zur politischen Teilhabe im alltäglichen Umgang
- Mehrheitsgesellschaftlich noch wenig konkretes Verständnis zur Migrationsgesellschaft

Kritik

- Es fehlt an politischer Bildung, dadurch findet keine Wissensvermittlung statt
- Vielfalt ist bisher separate Säule statt übergreifende Einheit → politische Teilhabe ist Gesellschaftspolitik und kann nicht als abgetrennter Teil betrachtet werden
- Entscheidungsgewalt nicht richtig geregelt
- Organisationen/ Verbände haben oftmals Beratungsfunktionen, aber nie die Entscheidungsbefugnis
- Es herrscht Ungeduld bzw. Unzufriedenheit, da der Wandel/ Änderungen zu langsam geschehen
- Es reicht nicht, wenn nur Aufklärungsarbeit betrieben wird; Gesetze sind nötig
- Die strukturellen Dimensionen werden bisher wenig adressiert

Forderungen:

- Mehrheitsverhältnisse hinterfragen
- Menschenrechtsdokument als Grundlage für alle Rechte
- Einführung eines Partizipationsrats
- Antidiskriminierungsarbeit soll strukturell verankert werden in Verwaltung und in Parteien
- genügend Ressourcen für Gremien und Selbstorganisation einplanen
- Führungspositionengesetz erweitern und migrantische Menschen einbeziehen

- Bundesgremiengesetz erweitern und migrantische Menschen einbeziehen
- strukturelle Förderungen
- Minderheitenpolitik ist nicht ausreichend, es braucht einen mehrdimensionalen Ansatz auf allen Ebenen und in allen Institutionen
- Empowerment und Normalisierung muss gleichzeitig geschehen, nicht entweder oder
- Es braucht einen Aktionsplan für Partizipation
- Es braucht die Errichtung eines Bundepartizipationsgesetzes, bisher gibt es immer noch kein Entwurf
- Es braucht eine Organisation von unten statt auf top-down zu warten
- Politische Bildung bzw. Politik in der Praxis soll intersektional, machtkritisch, inklusiv und solidarisch gestaltet werden
- Raus aus der Nische, rein in den politischen Mainstream
- Partizipation auf allen Ebenen bei staatlichen Institutionen
- Für den großen Wurf muss nicht nur geredet werden, sondern auch gehandelt
- Es braucht ein kommunales Wahlrecht für alle
- Es müssen Brücken zwischen verschiedenen Milieus geschaffen werden
- Es müssen niederschwellige Zugänge ermöglicht werden z.B. durch Übersetzung in andere Sprachen
- Es braucht echte Beteiligung von migrantischen Organisationen, auch hierfür müssen Ressourcen geschaffen werden
- Strukturen müssen aufgebaut bzw. verändert werden
- Politik und Wirtschaftsvorstände sollten zum Partizipationsgedanken verpflichtet werden
- Entscheidungsgewalt für migrantische Organisationen ermöglichen
- Projekte der politischen Bildung inklusiv gestalten und dies als Förderkriterium verankern
- Wenn migrantische Organisationen Partner sein sollen, brauchen sie eine nachhaltige Finanzierung